

# Linke Liste Wiesbaden



**EXTRA:**

**zum 1. Mai 2007**

**Kein Kniefall der Stadt vor den EU-Militärs:**

## **LiLi bleibt Feierlichkeiten ums Goldene Buch fern**

**Am 1. und 2. März 2007 trafen sich in Wiesbaden auf Einladung von Bundes-„verteidigungsminister“ Jung die EU-„Verteidigungsminister“. Bei diesem Treffen ging es um weitere Verabredungen für weltweite Kriegseinsätze sowie die weitere Aufrüstung und Militarisierung Europas.**

Dieses Treffen ist Ausdruck der Rolle, die die BRD mittlerweile im Prozess der Militarisierung der EU spielt. Die Friedensbewegung und andere soziale Bewegungen – auch aus anderen Ländern – protestierten gegen dieses Kriegsvorbereitungstreffen. Auch die Linke Liste Wiesbaden beteiligte sich daran, indem sie u.a. aufrief zur Kundgebung am 1. März und zur „Konferenz gegen die EU-Militarisierung“, die zeitgleich mit dem Ministertreffen im Roncalli-Haus, Friedrichstraße 26–28, stattfand.

Darüber hinaus protestierten die Stadtverordneten der Linken Liste und der Oberbürgermeisterkandidat Peter Silbereisen, dass EU-Generalsekretär Solana, NATO-Generalsekretär de Hoop Scheffer und der deutsche „Verteidigungsminister“ Jung sich im Rahmen eines Festaktes in das Goldene Buch unserer Stadt eintrugen. Die LiLi-Stadtverordneten beteiligten sich nicht an dieser Zeremonie zu Ehren der Hauptverantwortlichen militärischer „Einsätze“ der EU.

Die Linke Liste Wiesbaden setzt damit ihre Haltung der Ablehnung von militärischen Aktionen fort, die sie auch schon im Zusammenhang mit dem militärischen Überfall der USA auf den Irak vertreten hat. Damals forderte sie die Stadt auf, sich einzureihen in die Initiative „Cities for Peace“, und lehnt es seitdem ab, an Empfängen von militärischen Einrichtungen der USA und ihrer im Irakkrieg Verbündeten teilzunehmen.

Die Linke Liste forderte – vergeblich – alle Wiesbadener Stadtverordneten auf, ebenfalls nicht am „Festakt“ zur Eintragung ins Goldene Buch teilzunehmen und damit ein Zeichen für den Frieden und gegen die Militarisierung der EU zu setzen.

## **Hotelstreik beeinträchtigte Ministertagung ...**

Bei ihrer Tagung in Wiesbaden wurden die EU-Kriegsminister mit der sozialen Realität im Rhein-Main-Gebiet konfrontiert. Ein auf vier Stunden befristeter Streik der (nicht eben üppig bezahlten) Hotelbediensteten bewirkte am Freitag früh in der Tagungsstätte, dem Wiesbadener Dorint-Hotel, Chaos und Qualitätsmin-

**Samstag, 12. Mai 2007:**

**Global denken – lokal handeln**

**NEIN zum Kohlekraftwerk MZ/WI**

**13 Uhr: Gemeinsame Demonstration ab**

**WI: Bahnhof Kastel – MZ: Neubrunnenplatz**

**Zielpunkt Theodor-Heuß-Brücke**



# Linke Liste kritisiert oliv-GRÜNES Votum im Stadtparlament

## CDU, FDP und „Grüne“ begrüßen US-Hauptquartier in Wiesbaden

**Mit völligem Unverständnis und scharfer Kritik reagiert die Fraktion Linke Liste auf den Beschluss der Stadtparlamentsmehrheit von CDU, GRÜNEN und FDP, in dem diese die Verlegung des europäischen Hauptquartiers der US-Army nach Wiesbaden begrüßt. In namentlicher Abstimmung hatten die Mitglieder der Koalition, darunter auch fast alle GRÜNEN, sich für die Verlegung nach Wiesbaden ausgesprochen, obwohl die Stadtverordneten der Linken Liste, Jürgen Becker und Hartmut Bohrer, eindringlich vor den absehbaren negativen Auswirkungen für Wiesbaden warnten. Einzig die GRÜNE Stadtverordnete Frau Schuchalter-Eicke stimmt mit „Nein“.**

Während die SPD-Fraktion sich geschlossen der Stimme enthielt, stimmten die Oppositionsfraktionen geschlossen mit „Nein“. Die Fraktion Linke Liste befürchtet durch den zusätzlichen Flächenverbrauch der US-Army von etwa 50 ha für Wiesbaden vor allem ökologische Beeinträchtigungen durch Versiegelung klimatisch bedeutsamer Flächen im Bereich Fort Biehler, den Verlust wertvoller landwirtschaftlicher Flächen – auch für den ökologischen Landbau der Domäne Mechtildshausen –, eine Zunahme der Verkehrsbelastung und Mietpreissteigerungen.

Vor allem aber ist die Konzentration strategisch bedeutsamer militärischer Anlagen ein Sicherheitsrisiko. Durch die US-amerikanische Kriegspolitik ist zu befürchten, dass die Bundesrepublik Deutschland und der Militärstandort Wiesbaden in immer stärkerem Maß in (völkerrechtswidrige Angriffs-)Kriege hineingezogen werden und die Gefahr von Anschlägen – wie sie bereits in Spanien und Großbritannien erfolgten – wächst.

Für besonders bedauerlich hält die Linke Liste die Entwicklung der GRÜNEN, die einst als gewaltlose Partei starteten und heute selbst Angriffskriege mittragen. Das Verhalten der Wiesbadener Stadtverordneten passt zum Abstimmungsverhalten der hessischen Bundestagsabgeordneten der GRÜNEN, die ausnahmslos den Tornado-Einsatz-Beschluss der CDU/SPD-Regierung mittragen – im Gegensatz zur Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die dies zurecht ablehnt.

**Im Folgenden dokumentieren wir die Rede des Stadtverordneten der Linken Liste, Jürgen Becker, in der Debatte um das US-Headquarter in Wiesbaden:**

„... die Verlegung des US-Hauptquartiers von Heidelberg nach Erbenheim wird tiefgreifende Folgen haben.

- Das hessische Naturschutzgesetz nach § 6 Abs. 1 ist eindeutig: Der geplante Eingriff bezieht sich nicht nur auf den Flächenverbrauch und die dort vorhandene Flora und Fauna, sondern auch auf das Klima und Landschaftsbild.
- Mit der Einrichtung neuer Wohneinheiten auf einer Fläche von ca. 45ha ist eine deutliche Verkehrsbelastung zu erwarten.
- Die Umgestaltung der drei Knotenpunkte Army Airfield, Erbenheim Süd und Erbenheim im Boden wird Millionen Euro verschlingen; diese Kosten werden die Steuerzahler/innen berappen müssen.

Im Zusammenhang mit dieser Liegenschaftsanforderung muss man aber auch die Gefährdung der Bürger sehen: Eine solche Konzentration von hochrangigem Personal und militärischer Infrastruktur ist ein sicherheitspolitisches Risiko für die ganze Region.

### **Erbenheim wird zum Hochsicherheitstrakt!**

Bei so gravierenden Einschnitten in den Lebensraum der Bürger/innen müssen gerade diese ein Mitspracherecht haben.

Ein Blick in die hessische Verfassung macht deutlich, welche Gefahren in einer Landumwidmung bestehen können. In Artikel 42, Abs. 1 heißt es, ich zitiere:

*„Nach Maßgabe besonderer Gesetze ist der Großgrundbesitz, der nach geschichtlicher Erfahrung die Gefahr politischen Missbrauches oder die Begünstigung militärischer Bestrebungen in sich birgt, im Rahmen einer Bodenreform einzuziehen.“*

Herr Dezernent Prof. Pös sprach im Erbenheimer Ortsbeirat von einer friedlichen Wohnbebauung. Seine Aussage steht im Widerspruch zur militärischen Nutzung durch die Streitkräfte.

Das US-Hauptquartier ist weder eine Militärakademie noch ein Mädchenpensionat. Die Herrschaften, die dort wohnen, betreiben immerhin Kriegsführung.

**Zusammenfassend kann es nur eine Antwort geben: Die US-Landnahme ist aus Umwelt-, Verkehrs- und humanitären Gründen abzulehnen. Auch dann, wenn letztlich die Bundesregierung darüber entscheiden wird.**

Frau Stadtverordnetenvorsteherin, meine Damen und Herren, die Linke Liste beantragt getrennte Abstimmung über Punkt 1 und 2–6; Punkt 7 wird sie zustimmen.

Weiterhin stelle ich hiermit einen Geschäftsordnungsantrag über die namentliche Abstimmung zu Punkt 1.“



# Linke Liste in Aktion: Aus Rathaus und Ortsbeiräten

Stellungnahme des Abgeordneten  
Jürgen Becker (LiLi) zur Sanierung der HSK:

## „Alle leisten ihren Beitrag“ – alle?

Seit Dezember 2006 wurden in der HSK 10% der Belegschaft abgebaut. Nach Informationen der Linken Liste sollen die Arbeitnehmer an den HSK auf 3 bis 6% Gehalt verzichten, um so ihren Beitrag zur Sanierung zu leisten. Angesprochen sind die, die schon die Arbeitslast von einer um 10% reduzierten Belegschaft mittragen müssen. Erstaunlich ist, dass jetzt wieder überlegt wird, Personal einzustellen, um Mehrbelastung abzubauen – welche Logik steht hinter diesem Management?

Der wahre Grund wird sein: die angestrebte Privatisierung, die die Linke Liste bereits in ihrer Presseerklärung vom 21. August 2006 vorausgesehen hat. „Am Horizont steht schon das Schreckgespenst der Privatisierung“, so unser Kommentar zu Bemerkungen von Stadtrat Bendel im Finanzausschuss.

Weiterhin ist bekannt, dass insbesondere die ver.di-Vertreter im Betriebsrat unter Druck gesetzt werden.

Die Unterschiede sind klar erkennbar, der Arbeitsplatzverlust als Drohung trifft wie immer die Schwachen – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gerechtigkeit hat etwas mit Solidarität zu tun und die gibt es nur „im Gesamtpaket“. Vom Chefarzt bis zur Krankenschwester und zum Pfleger.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat die Verantwortung, ihr kommunales Haus HSK zu erhalten. Herr Stadtrat Bendel muss nun Farbe bekennen!

**Kommunales Eigentum ist Daseinsfürsorge, wie es im Grundgesetz verankert ist, darauf wird die Linke Liste achten.**

Privatisierung im ÖPNV:

## Was war los in Erbenheim?

Am Samstag vor Heiligabend (23. Dezember 2006) soll ein Bus der Linie 28, ein Fahrzeug der Firma Autobus-Sippel, in der Wäschbachstraße, auf Höhe der Haltestelle Egerstraße, nahezu im Winkel von 90 Grad nach links von der Fahrbahn abgekommen bzw. weggelenkt worden sein – angeblich aufgrund von Bremsversagen – in Richtung eines an dieser Stelle befindlichen Kleingartens, dessen Zaun durchbrochen und niedergefahren wurde.

Der Bus kam dann im Kleingarten zum Stehen, kurz bevor er auf der anderen Seite des Kleingartens den Zaun in Richtung Berliner Straße durchbrochen und dann dort auf die Fahrbahn geraten wäre. Die Spuren der Busräder sind trotz Nivelierung noch heute im Kleingarten erkennbar, der Zaun noch nicht wieder hergestellt.

Die Fahrgäste waren über diesen Vorfall schockiert und ver-

LiLi-Mitglieder in den Ortsbeiräten:

## „1-Euro-Jobs“ in den Stadtteilen

Die Linke Liste ist als einzige Fraktion in Wiesbaden grundsätzlich gegen die Heranziehung von ALG-II-Berechtigten zu so genannten „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“ („1-Euro-Jobs“). Um nähere Infos zu erhalten, wo, in welchen Tätigkeiten und bei welchen Auftraggebern in den einzelnen Stadtteilen auf „1-Euro-Jobs“ zurückgegriffen wird, stellten die LiLi-Mitglieder in den einzelnen Ortsbeiräten folgende Fragen für den Zeitraum 2. Halbjahr 2006 als Antrag:

1. Wie viele Personen waren jeweils als „1-Euro-Jobber“ eingesetzt und bei welchen Trägern?
2. Welche Tätigkeiten wurden mit jeweils wie vielen Personen verrichtet?
3. Wie viele Arbeitsstunden hat der Stadtteilservice im Ortsbezirk bislang geleistet? Wie viele Arbeitsstunden wurden durch andere Träger geleistet?
4. Welche Qualifikationen bringen die einzelnen Personen zu den jeweiligen Tätigkeiten mit?
5. War der Einsatz der „1-Euro-Jobber“ mit dem Erwerb zusätzlicher Qualifikationen verbunden?
6. Inwieweit war der Ortsbeirat bei den Entscheidungsprozessen für oder gegen die Beschäftigung im Rahmen von „1-Euro-Jobs“ einbezogen?

**Die Linke Liste setzt sich dafür ein, dass seitens der Kommune Existenz sichernde Arbeit geschaffen, öffentliche Daseinsvorsorge gewährleistet und finanzielle Rahmenbedingungen für eine soziale und umweltbewusste Stadt Wiesbaden verbessert werden.**

ließen (zum Teil panikartig unter Nutzung des Nothammers) den Bus, nachdem dieser im Kleingarten anhielt.

**Bislang wurde dieser Vorfall in der Öffentlichkeit verheimlicht. Die Fraktion Linke Liste im Rathaus hat nun um Übermittlung detaillierter Informationen zum Sachverhalt gebeten.**

OB Diehl zog sich in seiner Antwort am 13. April auf die Aussage der ESWE zurück, dass durch die Wiesbadener Verkehrsbetriebe im Dezember 2006 keine Fahrzeuge der Firma Sippel eingesetzt wurden. Wahrscheinlich seien es die Mainzer gewesen. Daher könnten die Fragen von Wiesbadener Seite nicht beantwortet werden.

Dies ist nur ein Beispiel für die „Ungereimtheiten“ der letzten Monate, die mit der Privatisierung des ÖPNV verbunden sind: Unkenntnis der Fahrer, unhöfliches Personal, unzureichende Fahrzeuge und so weiter.

**Erstens ändert nichts daran, dass dieser Vorfall in Wiesbaden geschah. Und zweitens bleibt die Linke Liste bei ihrer klaren Haltung: die öffentliche Daseinsvorsorge ist zu verteidigen und auszubauen; weitere Privatisierungen sind entschieden abzuwehren.**

# Stadion-Neubau nutzt den Profis und schadet dem Breitensport!

**Ganz entschieden gegen den Neubau eines Stadions für die 1. Mannschaft des SV Wehen hat die Linke Liste Stellung bezogen. Diese Position hat sie als einzige Fraktion auch in der Sondersitzung am Montag, 23. April 2007, vertreten. Da sich die örtliche Presse einmal mehr begnügte, die Ablehnung durch die Linke Liste mitzuteilen, ohne auf die Gründe einzugehen, dokumentieren wir im Folgenden die Stellungnahme der sportpolitischen Sprecherin der Linken Liste im Wiesbadener Rathaus, Mechthilde Coigné.**

... heute sollen wir im Wiesbadener Stadtparlament den Bau einer Wehener Fußball-Arena an der Berliner Straße beschließen. Zur Stärkung der „Sportstadt Wiesbaden“, so der Titel eines Vorläufer-Antrages vom 5. Dezember 2006, und nicht auf Kosten der Wiesbadener Sportvereine.

Zum Wohl der Wiesbadener BürgerInnen, die sich dann endlich rühmen können, in einer Stadt mit einem Fußball-Bundesliga-Stadion wohnen zu dürfen. „Aus dem Wehener Verein wird schon ein ‚Wiesbadener‘ werden, zumindest in der Namensführung.“ Das wird uns versichert.

Es bleibt die Frage, ob sich in der Wiesbadener Fußballgemeinde eine wie in Mainz und Frankfurt traditionelle Verbundenheit herstellen lässt und die Wiesbadener und Wiesbadenerinnen mit vermeintlich „ihrer“ Bundesliga-Mannschaft durch Dick und Dünn gehen.

Auf jeden Fall sieht es für die Wiesbadener Sportwelt im Berliner Stadion nicht so rosig aus. Eng wird es im Berliner Stadion werden. „Nicht auf Kosten von Wiesbadener Sportvereinen“: so lautete die immer wieder ausgegebene Devise des Magistrates und der Mehrheit im Stadtparlament.

Unsere Befürchtungen, dass die Umgestaltung des Stadions die Situation für die anderen Nutzerinnen, nämlich Wiesbadener Vereine und Schulen, verschlechtert, bestätigt sich. Der Spiel- und Trainingsplan der beiden Wiesbadener Fußballvereine ist nicht mehr abzudecken. Es fehlen im Grunde **zwei** Fußballfelder. Leichtathletik und Schulen kommen in Nöte.

„Wir wissen, dass es eng wird. Lösungen werden gefunden werden.“ So die immer wiederkehrende mündliche Auskunft des Herrn Oberbürgermeisters zu drängenden Fragen der Vertreter der Wiesbadener Sportwelt in öffentlichen Veranstaltungen. Man redet schon miteinander, aber bis heute: „Genaueres weiß man nicht.“

**Verlierer sind laut Stellungnahme des SV Wiesbaden „die 180 Jugendlichen des SV Wiesbaden. Die Jugendabteilung wird massive Einschränkungen hinnehmen müssen, weil zwei Fußballfelder wegfallen.“ So viel zum angeblichen Ziel „Stärkung der Sportstadt Wiesbaden“.**

Ich zitiere den langjährigen Vorsitzenden des Sportkreises Wiesbaden, Herrn Professor Hans-Jürgen Portmann, aus dem Wiesbadener Tageblatt vom 21. April: „Es ist sicher keine Frage, dass in Wiesbaden Sportplätze Mangelware sind und Sporthallen fehlen. Die werden aber benötigt für Schülerinnen und Schüler, unsere Jugendlichen und all diejenigen, für die das Sporttreiben immer noch die schönste Nebensache der Welt ist. Für genau die Sportstätten funktionsgerecht, mit sachlicher Architektur und mit Augenmaß zu errichten, ist eine Pflichtaufgabe der Kommunen.“

Sehr geehrte Damen und Herren: genau das ist der Punkt. In diesem Sinne sollten Steuergelder verwendet werden, und nicht für Profis und profitorientierten Sport.

Und noch ein kritischer Punkt – heute noch mal schnell im Beschlusstext untergebracht: „Die Standortentscheidung für eine neue Arena soll bis Ende September 2007 getroffen sein.“

Warum diese Eile? Warum kann man nicht abwarten, wie sich die 1. Mannschaft des SV Wehen tatsächlich in der nächsten Spielsaison entwickelt?

**Der heutige Beschlussvorschlag basiert angeblich auf den Ergebnissen eines Schall- und eines Bodengutachtens. Beide liegen uns bis heute nicht vor. Auf schriftliche Nachfrage erhielten wir per Fax am Sonntag, 22. April 2007, die Antwort, dass es zur Zeit noch keine ausgearbeiteten Gutachten gibt.**

Der Verweis auf völlig unzureichende mündliche Erklärungen in der dieser Sitzung heute vorausgegangenen Ausschusssitzung halten wir für völlig inakzeptabel. Eine sachgerechte Beratung und Beschlussfassung der Stadtverordneten wurde auf diese Weise unmöglich gemacht. Schon deshalb müssen wir diese Beschlussvorlage ablehnen.

„Die Landeshauptstadt Wiesbaden weist auf möglicherweise durch Öl verunreinigte Böden hin“ – heißt es im Nutzungsvertrag zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und dem SV Wehen. **Wer übernimmt eventuell anfallende Bodensanierungskosten?**

Zur Kostenfrage ein weiteres Beispiel (ich zitiere aus den geplanten Vereinbarungen zwischen dem Sportverein Wehen und der Landeshauptstadt Wiesbaden): „Der SV Wehen wird sämtliche Kosten für die Verlegung des Werfer- und des Fußballplatzes übernehmen, mit Ausnahme der Kosten, die sowieso [...] entstanden wären, [...]“

Im uns heute vorliegenden Beschlussvorschlag stellt sich dieser Ansatz wie folgt dar: 1.390.000 Euro für die Verlegung des Werferplatzes und für den Kunstrasen incl. Kleinmaßnahmen.

Davon soll die Landeshauptstadt Wiesbaden 1.220.000 Euro und 170.000 Euro der SV Wehen tragen.

Meine Damen und Herren,

die Linke Liste hat bereits den Antrag der Koalition mit dem wohlklingenden Titel zur Stärkung der „Sportstadt Wiesbaden“ im Dezember abgelehnt. Stärkung der „Sportstadt Wiesbaden“? Ja – aber mit Maßnahmen, die Vereinen, Schulen und der übrigen sich sportlich betätigenden Bevölkerung im Sinne des Gemeinwohles, der Stärkung sozialer Strukturen und des friedlichen Miteinanders zu Gute kommen!

Unsere Befürchtung, dass mit dem Antrag der Koalition zu Ihrer Art von Stärkung die Interessen Einzelner im großen Profisport-Markt bedient werden sollen – auf Kosten des Vereins- und Schulsportes sowie der Landeshauptstadt Wiesbaden bzw. der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – haben sich bestätigt.

**Wir lehnen diesen Beschlussvorschlag, zu dem auch noch maßgebliche Informationen vorenthalten wurden, ab.**

# Samstag, 12. Mai 2007: NEIN zum Kohlekraftwerk MZ/WI Ab 13 Uhr: Gemeinsame Demonstrationen mit dem Zielpunkt Theodor-Heuß-Brücke

**Federal Mogul:**

## Abwehrschlacht gegen Arbeitszeitverlängerung

Der seit Monaten laufende Widerstand der Beschäftigten des Wiesbadener Autozulieferers Federal Mogul gegen eine Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich hält an.

Eine von der IG Metall und ihren Vertrauensleuten durchgeführte Mitgliederbefragung ergab, dass sich von über 1000 befragten Gewerkschaftsmitgliedern 96,9 Prozent für die Verteidigung der 35-Stunden-Woche aussprachen. Damit beißt das Management des US-amerikanischen Konzerns mit seinem Vorhaben, im Wiesbadener Werk die Arbeitszeit von derzeit 35 auf 40 Stunden in der Woche zu verlängern, weiterhin auf Granit.

Die Federal Mogul Corporation ist ein weltweiter Konzern und beschäftigt als Zulieferer für die Automobilindustrie rund 45.000 Menschen in 130 Werken. Bundesweit gehören neben dem Wiesbadener Standort u.a. Betriebe in Dresden, Burscheid, Friedberg, Nürnberg, Bretten, Engelskirchen, Bad Camberg, Herdorf, Stadtallendorf und Marienheide dazu. Das traditionsreiche Wiesbadener Werk, ehemals Glyco Metallwerke, wurde 1990 erworben und stellt Gleitlager, Buchsen und Anlaufscheiben für Automobil-Motoren und industrielle Anwendungen her.

Das Wiesbadener Werk mit seinen rund 1600 Beschäftigten hat bisher im Gegensatz zu anderen Konzernbetrieben den Ansturm auf die 35-Stunden-Woche abgewehrt. Nun pocht Federal Mogul auf kostengünstigere Produktion und will in den Standort Wiesbaden erst dann wieder in größerem Umfang investieren, wenn die „35“ fällt und die Beschäftigten unentgeltlich länger arbeiten. Doch die monatelangen Verhandlungen hierüber brachten kein Ergebnis. Dies hat neben der Entschlossenheit von Betriebsrat und Gewerkschaft und dem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad auch einen historischen Grund.

Denn als die IG Metall im Frühjahr 1984 mit über sechs Wochen Streik den Einstieg in die 35-Stunden-Woche erreichte, sperrte die Glyco-Geschäftsleitung die Arbeiter wochenlang aus und ließ das Werk mit Nato-Draht absperren. Viele hundert der heutigen Glyco-Beschäftigten können sich noch sehr gut an jene dramatischen

Wochen erinnern und wissen, dass sie viel zu verlieren haben. Bei Betriebsversammlungen in den letzten Monaten waren Vertreter der Geschäftsleitung von empörten Arbeitern ausgepöffelt worden.

„Wir lassen uns nicht erpressen und geben doch nicht Errungenschaften preis, die wir in Jahrzehnten erkämpft haben“, erklärte der Betriebsratsvorsitzende Alfred Matejka auf Anfrage. Der Gewerkschafter weist darauf hin, dass jede Arbeitszeitverlängerung unmittelbar Arbeitsplätze kosten würde. Zudem, so Matejka, sei der Stress im Arbeitsalltag der Beschäftigten in Akkord- oder Prämiensystemen, in der Galvanik oder auch in der Verwaltung inzwischen so groß, dass 35 Stunden in der Woche absolut ausreichen und jede Stunde Mehrarbeit gesundheitsschädlich sei.



**Wie erreichen Sie uns?**

Geschäftsstelle der Fraktion: Rathaus, Zi. 305; Telefon (0611) 315426, Fax (0611) 315917,

E-Mail: [lili.fraktion@wiesbaden.de](mailto:lili.fraktion@wiesbaden.de); Internet: [www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de](http://www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de)

Wann sind wir erreichbar?: Mo–Do: 10–13 Uhr; Mi: 16.30–18.30 Uhr; Freitag 10–12 Uhr

Unsere Postanschrift: 65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6

Presserechtlich verantwortlich: Fraktion Linke Liste Wiesbaden, G. Schmidt – Eigendruck